

Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne

Dienstag (Nachmittag), 30. November 2021 / Mardi après-midi, 30 novembre 2021

Bildungs- und Kulturdirektion / Direction de l'instruction publique et de la culture

17 2019.ERZ.71743 Gesetz
Gesetz über die Berner Fachhochschule (FaG) (Änderung)

17 2019.ERZ.71743 Loi
Loi sur la Haute école spécialisée bernoise (LHESB) (Modification)

1. Lesung / 1^{re} lecture

*Gemeinsame Eintretens- und Grundsatzdebatte der Traktanden 16, 17 und 18 / der Geschäfte 2019.ERZ.71745, 2019.ERZ.71743 und 2019.ERZ.71746:
siehe Traktandum 16 / Geschäft 2019.ERZ.71745.*

*Débat d'entrée en matière et débat de principe groupés des points 16, 17 et 18 de l'ordre de jour / des affaires 2019.ERZ.71745, 2019.ERZ.71743 et 2019.ERZ.71746 :
voir point 16 de l'ordre de jour / affaire 2019.ERZ.71745.*

*Detailberatung des Geschäfts 2019.ERZ.71743 /
Délibération par article de l'affaire 2019.ERZ.71743*

Le président. Nous passons maintenant à l'examen de l'affaire du point numéro 17 de l'ordre du jour.

I.

Ingress / Préambule

Stillschweigende Annahme / Adoption tacite

Art. 1, 2 und 3 / Art. 1, 2 et 3

Stillschweigende Annahme / Adoption tacite

Art. 4 Abs. 8 / Art. 4, al. 8

Antrag BiK-Mehrheit (Vanoni, Bern) und Regierungsrat

Sie fördert den Wissens- und Innovationstransfer und leistet mit ihren Kernaufgaben in Lehre, Forschung und Entwicklung sowie Dienstleistungen einen wirkungsvollen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung.

Proposition majorité de la CFor (Vanoni, Berne) et Conseil-exécutif

Elle encourage le transfert de connaissances et d'innovation et apporte une contribution efficace au développement durable grâce à ses tâches fondamentales dans les domaines de l'enseignement, de la recherche et développement ainsi que des services.

Antrag BiK-Minderheit (Abplanalp, Brienzwiler)

Geltendes Recht

Proposition minorité de la CFor (Abplanalp, Brienzwiler)

Droit en vigueur

Le président. Est-ce que vous souhaitez prendre la parole ? Oui. Pour la majorité de la CFor, M. le député Vanoni.

Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne), Sprecher BiK-Mehrheit. Ich habe beim vorhergehenden Gesetz schon erklärt, worum es bei dieser Änderung geht. Es geht eigentlich um die Übernahme einer Bestimmung, die heute schon im Gesetz über die deutschsprachige Pädagogische Hochschule (PHG) steht, beziehungsweise um diese Ergänzung, die schon im PHG steht. Sie haben vorher beim Gesetz über die Universität (UniG) dieser Ergänzung, über die wir jetzt in Bezug auf das Gesetz über die Berner Fachhochschule (FaG) sprechen, mit 77 zu 65 Stimmen zugestimmt. Deshalb gehe ich davon aus, oder ich hoffe, dass Sie auch bei diesem Gesetz der Ergänzung zustimmen.

Ueli Abplanalp, Brienzwiler (SVP), Sprecher BiK-Minderheit. Auch die Meinung der Minderheit habe ich Ihnen eigentlich vorher kundgetan. Wir sind ganz klar der Meinung, dass diese Aufzählung auch bei der Fachhochschule unnötig ist, dass sie zu stark bindend ist, dass sie zu stark einschränkt und plötzlich Bereiche vergessen gehen könnten oder dass man sich zu sehr daran festklammerte, falls man das Ganze irgendwann öffnen müsste. Für uns ist das geltende Recht genügend und ausführlich genug, um im Tagesgeschäft damit vorgehen zu können. Deshalb sind wir von Seiten der BiK-Minderheit, aber auch von der SVP-Fraktion, ganz klar der Meinung, diesen Artikel beim geltenden Recht zu belassen.

Alfons Bichsel, Merligen (Die Mitte), Fraktionssprecher. Ich bin dem Antrag von Bruno gefolgt; er hat ja beim Eintretensvotum bei den Kernaufgaben gesagt, was er eigentlich will, und ich habe dann gesagt, nein, bei den Kernaufgaben gehört eben die Umweltbetrachtung nicht hinein. Dann habe ich auch darauf hingewiesen, dass es eben tatsächlich auch um Nachhaltigkeit und Weiterentwicklung geht, und deshalb hat ja Die Mitte beim UniG eben auch mitgeholfen, die Mehrheit zu stützen. Es geht hier wirklich auch um die Erweiterung der Lehre und Forschung und um einen wirkungsvollen Beitrag zur Nachhaltigkeit und zur Entwicklung. Dem können wir im Grundsatz wirklich nicht entgegenwirken, und deswegen haben wir vorher beim UniG schon den Mehrheitsantrag unterstützt, und wir werden auch hier beim FaG die Mehrheit unterstützen.

Stefan Bütikofer, Lyss (SP), Fraktionssprecher. Monsieur le Président, Madame la Présidente du Grand Conseil, chères et chers collègues. Auch die SP-JUSO-PSA-Fraktion schliesst sich an. Wir werden auch hier mit der Mehrheit stimmen wie beim UniG.

Le président. La parole n'est plus demandée. – Si : Mme la vice-présidente du gouvernement.

Christine Häslar, BKD-Direktorin. Ich kann es ganz kurz machen, liebe Grossrätinnen und Grossräte. Wie ich vorhin schon bei der gleichen Diskussion erläutert habe: Die Regierung unterstützt den Antrag, und ich würde Ihnen beantragen, den Antrag der Kommissionsmehrheit anzunehmen.

Le président. Si la parole n'est plus demandée, nous allons voter sur cet art. 4, al. 8 : les député-e-s qui acceptent la proposition de la majorité de la commission et du gouvernement votent oui, celles et ceux qui soutiennent la proposition de la minorité de la commission votent non.

Abstimmung / Vote

2019.ERZ.71743: Art. 4 Abs. 8 / art. 4, al. 8

Antrag BiK-Mehrheit und Regierungsrat (Ja), Antrag BiK-Minderheit (Nein)

Proposition majorité de la CFor et Conseil-exécutif (oui), proposition minorité de la CFor (non)

Annahme Antrag BiK-Mehrheit und Regierungsrat / Adoption proposition majorité de la CFor et Conseil-exécutif

Ja / Oui 78

Nein / Non 63

Enthalten / Abstentions 0

Le président. Vous avez accepté la proposition de la majorité de la CFor. Il n'y a pas de vote sur la proposition qui l'emporte puisque la proposition de la minorité souhaite le droit en vigueur.

Art. 4a (neu) / Art. 4a (nouveau)

Antrag BiK-Mehrheit (Blum, Melchnau)

Beitrag zur Klimaneutralität

¹ Die Berner Fachhochschule leistet im Rahmen ihrer Kompetenzen den erforderlichen Beitrag zur Erreichung der Klimaneutralität bis spätestens 2030.

Proposition majorité de la CFor (Blum, Melchnau)

Contribution à la neutralité climatique

¹ La Haute école spécialisée bernoise contribue, dans les limites de ses compétences, à la réalisation de la neutralité climatique d'ici à 2030 au plus tard.

Antrag BiK-Minderheit (Schüpbach, Huttwil)

Geltendes Recht

Proposition minorité de la CFor (Schüpbach, Huttwil)

Droit en vigueur

Antrag Regierungsrat

Beitrag zur Klimaneutralität

¹ Die Berner Fachhochschule leistet im Rahmen ihrer Kompetenzen den erforderlichen Beitrag zur Erreichung der Klimaneutralität bis spätestens 2030.

Proposition Conseil-exécutif

Contribution à la neutralité climatique

¹ La Haute école spécialisée bernoise contribue, dans les limites de ses compétences, à la réalisation de la neutralité climatique d'ici à 2030 au plus tard.

Le président. Nous passons à présent à l'art. 4a (nouveau). Nous avons une proposition de la majorité de la commission, une proposition du gouvernement et une proposition de la minorité de la

commission. Est-ce que quelqu'un souhaite prendre la parole ? Monsieur le Député Vanoni à titre de « Fraktionssprecher », vous avez la parole.

Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne), Fraktionssprecher. Ich melde mich zu Wort, weil es beim UniG zu diesem Artikel Klimaneutralität so unheimlich schnell ging, dass ich nicht nachkam und mich nicht zu Wort melden konnte. Aber ich möchte hier als Fraktionssprecher einfach noch darauf hinweisen, dass die Ausgangslage etwas unterschiedlich ist.

Bei der Universität haben wir beschlossen, keine Klimaneutralität ins Gesetz schreiben zu wollen und vor allem keine Jahreszahl. Die Universität ist damit jetzt eigentlich frei, das zu machen, was sie schon für gut befunden hat, sie hat nämlich öffentlich verkündet, dass sie bis 2025 in den Bereichen, die sie beeinflussen kann, klimaneutral sein will.

Bei der Berner Fachhochschule (BFH) ist es anders. Bei der BFH besteht offiziell noch kein solches Ziel. Sie hat zwar als erste Hochschule der Schweiz schon im August 2019 den «Klima-Notstands-Brief» (Climate Emergency Letter) der UNO unterschrieben und sich darin verpflichtet, spätestens 2040 eine CO₂-neutrale Hochschule zu betreiben, mehr Ressourcen einzusetzen, um aktiv an der Bekämpfung des Klimawandels mitzuwirken und ihre Studierenden zu befähigen, einen Beitrag an eine nachhaltige Zukunft zu leisten, um dem menschengemachten Klimawandel entgegenzuwirken. Das steht alles schon auf der Website der BFH. Sie hat vor einigen Monaten schon in der überparteilichen Grossratsgruppe angekündigt, dass sie das Ziel «Klimaneutralität bis 2030» deklarieren möchte. Aber offiziell hat sie das noch nicht verkündet, und der Schulrat wird erst in den nächsten Wochen darüber entscheiden.

Mit der Verankerung des Ziels der Klimaneutralität bis 2030 im FaG können wir den eingeschlagenen Weg, den die Hochschulleitung gehen will, unterstützen; und wir könnten den Kräften innerhalb der BFH, die erkannt haben, dass sie die ambitionöse Zielsetzung auch dem guten Ruf der BFH schuldig sind, den Rücken stärken. Wie die Universität zählt auch die BFH national und international zu den führenden Lehr- und Forschungsinstitutionen im Bereich der nachhaltigen Entwicklung und des klimaschonenden Umgangs mit den Ressourcen.

Um diesem Ruf gerecht werden, reicht die Klimaneutralität bis 2050, die wir jetzt mit der klaren Zustimmung des Volks in der Berner Kantonsverfassung verankert haben, nicht. Das reicht nicht, um der führenden Rolle und der Vorbildfunktion der BFH gerecht zu werden. Mit dem vorgeschlagenen Gesetzesartikel geben wir Signale, dass wir die BFH auf dem eingeschlagenen Weg unterstützen wollen, auch wenn es vielleicht einmal schwierig werden sollte, das gesteckte Ziel, das sie sich dann selber setzt, 2030 zu erreichen. Ich bitte Sie um Rückendeckung für die Leute in der BFH, die den Volkswillen im Kanton Bern ernst nehmen wollen, die die Vorbildfunktion der BFH ernst nehmen wollen, und die mit dem Klimaschutz vorwärtsmachen wollen.

Le président. Avant de donner la parole à M. le député Krähenbühl, je souhaite la bienvenue à plusieurs délégations des autorités législatives du Jura bernois et de Bienne. Soyez les bienvenus au Rathaus. – Monsieur le Député, vous avez la parole à titre individuel.

Samuel Krähenbühl, Unterlangenegg (SVP), Einzelsprecher. Monsieur le Président, Madame la Directrice, chers collègues, je salue aussi de mon côté cordialement nos amis francophones sur la tribune.

Lieber Bruno. Erstens : 2030 et 2050, ce sont vingt ans entre ces deux dates ! Ce n'est pas la même chose. On avait ... sur une neutralité pour le climat jusqu'à 2050 est pas jusqu'à 2030.

Deuxième point : Wenn wir das Gesetz ernst nehmen wollen, ist es gar nicht umsetzbar, falls wir es so – mit dieser Befristung bis 2030 – verabschieden würden. Du hast zwar noch eingeflochten «so weit im Betrieb möglich» und so weiter. Die Gebäude werden wir sowieso nicht so weit bringen. Diese stehen nämlich bis dann noch gar nicht, und vermutlich werden auch sie nicht klimaneutral sein. Auch andere Sachen, zum Beispiel Reisen und so weiter, kann man wahrscheinlich auch nur so über das Portemonnaie lösen, nämlich indem man diese Klimazertifikate einhandelt. Also entweder soll dieser Artikel toter Buchstabe bleiben, oder wenn er umgesetzt werden sollte, ... ich schaue

dabei unsere FiKo-Vertreter an, die dann am Montag mit dem Budget am Zug sind. Das hat ein Preisschildchen, wenn man es ernst nimmt, und zwar unter Umständen kein zu geringes, und darum bitte ich jetzt wirklich – auch etwas im Sinne der Vernunft –, hier zumindest das Jahr 2030 nicht noch in das Gesetz zu schreiben. Von mir aus, und von der SVP her, braucht es alles nicht, zumindest ganz sicher nicht ein Ziel, das noch ambitionierter ist – viel ambitionierter – als der Verfassungsartikel, der vom Berner Volk angenommen wurde.

Le président. La parole n'est plus souhaitée, je laisse Mme la vice-présidente du gouvernement s'exprimer.

Christine Häslar, BKD-Direktorin. *(Nach einem kurzen Unterbruch funktioniert die Mikrofonanlage wieder. Die Regierungsrätin bedankt sich bei Roland Schneeberger. / Après une brève coupure, le micro fonctionne de nouveau. La conseillère d'Etat remercie Roland Schneeberger.)* Ich kann es, liebe Grossrätinnen und Grossräte, auch hier kurz machen. Wir haben vorhin schon ausgiebig darüber diskutiert, und es ist letztlich die gleiche Situation: Die Regierung unterstützt und begrüsst ausdrücklich das Engagement der Hochschulen zum Erreichen der Klimaneutralität, möchte dies aber ohne eine feste Jahreszahl im Gesetz machen und hat darum einen zweiten Antrag gestellt, der letztlich das gleiche bedeutet, aber eben keine feste Jahreszahl im Gesetz vorsieht. Danke für die Aufmerksamkeit und danke für die Unterstützung für *diesen* Antrag und *die* Version, welche die Regierung jetzt angepasst hat.

Le président. Nous allons voter sur cet art. 4a (nouveau) : les député-e-s qui soutiennent la proposition de la majorité de la CFor votent oui, celles et ceux qui soutiennent la proposition du gouvernement votent non.

Abstimmung / Vote

2019.ERZ.71743: Art. 4a (neu) / art. 4a (nouveau)

Antrag BiK-Mehrheit (Ja), Antrag Regierungsrat (Nein)

Proposition majorité de la CFor (oui), proposition Conseil-exécutif (non)

Annahme Antrag Regierungsrat / Adoption proposition Conseil-exécutif

Ja / Oui 54

Nein / Non 84

Enthalten / Abstentions 0

Le président. Vous soutenez la proposition du gouvernement.

Nous allons opposer maintenant la proposition du gouvernement à celle de la minorité de la commission : les député-e-s qui soutiennent la proposition du gouvernement votent oui, celles et ceux qui soutiennent la proposition de la minorité votent non.

Abstimmung / Vote

2019.ERZ.71743: Art. 4a (neu) / art. 4a (nouveau)

Antrag Regierungsrat (Ja), Antrag BiK-Minderheit (Nein)
 Proposition Conseil-exécutif (oui), proposition minorité de la CFor (non)

Annahme Antrag Regierungsrat / Adoption proposition Conseil-exécutif

Ja / Oui	74
Nein / Non	64
Enthalten / Abstentions	0

Le président. Vous soutenez la proposition du gouvernement. Il n'y a pas de vote sur la proposition qui l'emporte car la proposition de la minorité ne voulait pas de ce nouvel alinéa.

Art. 10, Art. 18 (Titel), Art. 18 Abs. 2 / Art. 10, art. 18 (titre) et art. 18, al. 2

Stillschweigende Annahme / Adoption tacite

Art. 18 Abs. 3 (neu) / Art. 18, al. 3 (nouveau)

Antrag Schindler (Bern, SP-JUSO-PSA)

streichen

Proposition Schindler (Berne, PS-JS-PSA)

biffer

Antrag BiK (Blum, Melchnau) und Regierungsrat

Abs. 3: Er kann die ~~Befugnis, Zuständigkeiten zur Anstellung zu regeln~~, Befugnisse gemäss Absatz 2 ganz oder teilweise dem Schulrat Fachhochschulrat übertragen.

Proposition CFor (Blum, Melchnau)

Il peut déléguer totalemt ou partiellement les compétences définies à l'alinéa 2 au conseil de l'école ~~la compétence de régler les compétences en matière d'engagement. Haute école spécialisée.~~

Meret Schindler, Bern (SP), Antragstellerin. Ich habe zwar vorher beim UniG gesagt, ich spreche für alle drei Artikel, aber hier ist es tatsächlich etwas anders, weil es bis jetzt schon in der Kompetenz des Regierungsrates ist, dies an den Schulrat der BFH zu delegieren. Ich möchte natürlich zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, dass dies ausschliesslich der Regierungsrat macht. Deshalb bitte ich Sie, auch hier der Streichung zuzustimmen. Ich würde aber das Gesetz nachher nicht ablehnen, falls der Antrag nicht durchkommt.

Le président. Est-ce que la parole est demandée ? – Non. Madame la Conseillère d'Etat ? – Non plus. Nous allons donc voter sur cet art. 18, al. 3 (nouveau) : les député-e-s qui soutiennent la proposition de la CFor votent oui, celles et ceux qui soutiennent la proposition de Mme la députée Schindler votent non.

Abstimmung / Vote

2019.ERZ.71743: Art. 18 Abs. 3 (neu) / art. 18, al. 3 (nouveau)

Antrag BiK und Regierungsrat (Ja), Antrag Schindler (Nein)
Proposition CFor et Conseil-exécutif (oui), proposition Schindler (non)

**Annahme Antrag BiK und Regierungsrat /
Adoption proposition CFor et Conseil-exécutif**

Ja / Oui	99
Nein / Non	19
Enthalten / Abstentions	2

Le président. Vous avez accepté la proposition de la CFor. Il n'y a pas de vote sur la proposition qui l'emporte car la proposition de Mme la députée Schindler ne veut pas de ce nouvel alinéa.

Art. 18a (neu) und Art. 18b (neu) / Art. 18a (nouveau) et art. 18b (nouveau)

Stillschweigende Annahme / Adoption tacite

Art. 19, Art. 22 und Art. 24 / Art. 19, art. 22 et art. 24

Stillschweigende Annahme / Adoption tacite

3.2.5 (Titel) (neu) / 3.2.5 (titre) (nouveau)

Stillschweigende Annahme / Adoption tacite

Art. 24a (neu), Art. 24b (neu) / Art. 24 a (nouveau) et art. 24b (nouveau)

Stillschweigende Annahme / Adoption tacite

Art. 25 (Titel), Art. 25 Abs. 1, Abs. 1a, Abs. 1b und Abs. 2 /
Art. 25 (titre), art. 25 al. 1, al. 1a, al. 1b et al. 2

Stillschweigende Annahme / Adoption tacite

Art. 25 Abs. 3 / Art. 25, al. 3

Antrag Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)

Die Berner Fachhochschule kann Studienanwärterinnen und Studienanwärtern die Immatrikulation verweigern und Studierende vom Weiterstudium ausschliessen, wenn sie ~~die persönlichen Voraussetzungen für eine künftige Berufsausübung mit Blick auf die Wahrung der Integrität der ihnen anvertrauten schutzbedürftigen Personen nicht erfüllen~~ eine strafrechtliche Verurteilung wegen Handlungen, die nicht mit der Berufsausübung zu vereinbaren sind, vorliegt, es sei denn, diese Verurteilung erscheine nicht mehr im Strafregisterauszug für Privatpersonen respektive im Sonderprivatauszug. Der Regierungsrat regelt das Nähere durch Verordnung.

Proposition Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)

La Haute école spécialisée bernoise peut refuser d'immatriculer des candidats et candidates et exclure des étudiants et étudiantes d'une filière d'études ~~s'ils ne remplissent pas les conditions requises pour exercer, au terme de leurs études, une profession en respectant l'intégrité des personnes vulnérables qui leur sont confiées~~ en cas de condamnation pénale non compatible avec l'exercice de la profession, à moins que cette condamnation n'apparaisse plus dans l'extrait du casier judiciaire pour particulier, ou, le cas échéant, dans l'extrait spécial destiné à des particuliers. Le Conseil-exécutif règle les modalités de détail par voie d'ordonnance.

Antrag BiK (Blum, Melchnau) und Regierungsrat

~~Die Zulassung wird im Übrigen in Reglementen,~~ Berner Fachhochschule kann Studienanwärterinnen und Studienanwärtern die Immatrikulation verweigern und Studierende vom Weiterstudium ausschliessen, wenn sie die persönlichen Voraussetzungen für eine künftige Berufsausübung mit Blick auf die Wahrung der Schulrat erlässt, geregelt Integrität der ihnen anvertrauten schutzbedürftigen Personen nicht erfüllen. Der Regierungsrat regelt das Nähere durch Verordnung.

Proposition CFor (Blum, Melchnau) et Conseil-exécutif

~~Au surplus, La Haute école spécialisée bernoise peut refuser d'immatriculer des candidats et candidates et exclure des étudiants et étudiantes d'une filière d'études s'ils ne remplissent pas les modalités d'admission sont fixées dans conditions requises pour exercer, au terme de leurs études, une profession en respectant l'intégrité des règlements édictés par le conseil personnes vulnérables qui leur sont confiées.~~ Le Conseil-exécutif règle les modalités de ~~l'école~~ détail par voie d'ordonnance.

Le président. Est-ce que c'est contesté ? Ça en a l'air. Monsieur le Député Krähenbühl. (*Grossrat Krähenbühl spricht ohne Mikrofon von seinem Platz aus. / Le député Krähenbühl s'exprime sans micro depuis sa place.*) Je ne vous comprends pas depuis là-bas. (*Grossrat Krähenbühl spricht weiter ohne Mikrofon von seinem Platz aus. / Le député Krähenbühl poursuit sans micro depuis sa place.*) Monsieur le Député Krähenbühl, exprimez-vous.

Samuel Krähenbühl, Unterlangenegg (SVP), Antragsteller. Wir sind langsam etwas müde. Es war ein langer Tag, aber trotzdem ein schöner. Hier im Rathaus gefällt es mir also viel besser als jeweils in der Bernexpo draussen.

Hier geht es um einen Antrag, den der Regierungsrat neu vorschlägt, zu dem wir eine andere Formulierung wollen. Ich kann gleich vorausschicken, dass der gleiche Antrag mit dem gleichen Änderungsantrag der SVP auch beim PHG kommen wird.

Der Regierungsrat will Studienanwärterinnen und Studienanwärter vom Weiterstudium ausschliessen können, wenn sie «die persönlichen Voraussetzungen für eine künftige Berufsausübung mit Blick auf die Wahrung der Integrität der ihnen anvertrauten schutzbedürftigen Personen nicht erfül-

len». Das ist grundsätzlich ein Anliegen, das wir teilen, aber es ist uns zu unspezifisch. Es lässt auch viele Fragen offen, weil es beispielsweise weder auf die Frage eingeht, ob etwas justiziabel sein müsse – wie unsere Juristen hier jeweils zu sagen pflegen –, und es wird auch nicht spezifiziert, welche Form der Integrität. Wir befürchten einfach ein wenig, dass dieser Artikel in dieser Form auch benutzt werden könnte, um im Sinne von missliebigen Gesinnungen oder von Charaktereigenschaften oder so, Leute, die eigentlich nichts wirklich gravierendes gemacht haben, vom Studium auszuschliessen. Wir sehen aber die Problematik, dass es irgendeine Regelung braucht. Deshalb schlagen wir Ihnen vor, das wäre unser Antrag, dass wir dort auf effektiv strafrechtliche Handlungen, die nicht mit der Berufsausübung zu vereinbaren sind, verweisen würden. So würde es dort im Prinzip sogar einen Strafregisterauszug oder einen Sonderprivatauszug brauchen, der zeigte, dass man nicht im Strafregister stünde. Uns erscheint das einfach besser, präziser, schärfer, aber auch weniger einschränkend und weniger gefährlich, als wenn wir einfach hineinschreiben, so etwas schwammig «[...] die persönlichen Voraussetzungen [...]». Dies kann unserer Ansicht nach auch einem gewissen Missbrauch Tür und Tor öffnen, sodass dort Leute ausgeschlossen werden, bei denen das eigentlich nicht gerechtfertigt wäre – ausgeschlossen vielleicht aus anderen Gründen, als eigentlich intendiert wären. Deshalb schlagen wir Ihnen vor, unseren Vorschlag zu diesem Artikel hier anzunehmen.

Le président. Donc, M. le député parlait de l'art. 25, al. 3 – il avait de l'avance sur le programme. Je laisse la parole Mme Blum pour la CFor.

Christine Blum, Melchnau (SP), BiK-Präsidentin. Der Antrag ist kurzfristig hereingekommen, aber wir haben das ja ausführlich besprochen, auch in der BiK, dort hatte der Antrag folgendes Stimmenverhältnis: 5 Ja und 11 Nein.

Die Mehrheit der BiK ist der Meinung, dass die Formulierung eben treffend ist, so wie sie jetzt vorgeschlagen ist. Wenn man eine Ausschlussung erst vornehmen kann, wenn ein Strafregisterauszug vorhanden ist, so ist das in vielen Fällen zu spät. Es gibt noch ganz andere Gründe, weshalb die Integrität von Kindern angegriffen werden könnte als nur eine Handlung, die strafrechtlich verfolgt wird. Das ist die Meinung der BiK-Mehrheit.

Daniel Arn, Muri b. Bern (FDP), Fraktionssprecher. Die FDP lehnt diesen Antrag ab. Wir finden dies nicht zielführend. Auch das kann angefochten werden. Die Formulierung der Regierung ist für uns schlüssig, und wir sehen auch keine Missbrauchsmöglichkeit.

Christine Grogg-Meyer, Bützberg (EVP), Fraktionssprecherin. Bei uns hat es mehr Diskussionen ausgelöst, und ich glaube, wir werden unterschiedlich abstimmen. Die Frage war einfach so: Bei beiden Anträgen wird eigentlich Berufsrelevantes in die Waagschale gelegt, und bei beiden muss man Berufsrelevantes abklären, sei es über die Integrität, über das Integer-Sein, oder über eine strafrechtliche Handlung. Das ist das eine, und das andere ist, dass wir uns überlegt haben: Ja, muss man jetzt schon reagieren, wenn es raucht, oder muss man erst reagieren, wenn das Feuer brennt? Wenn ein Feuer brennt, ist eben die Gefahr gross, dass schon ein Schaden da ist, und darum ist die eine Hälfte – oder vielleicht eine Mehrheit – der EVP dafür, dass wir schon reagieren, wenn es raucht, und deshalb wären wir mit dem Antrag der Regierung einverstanden. Wir glauben auch, dass die Regierung in ihrer Verordnung gute Regelungen treffen kann zu den Kriterien und den Zuständigkeiten und dass sie auch die verantwortlichen Fachpersonen benennt, die solche Sachen auch machen. Die EVP ist geteilter Meinung; ein Teil wird dafür sein und ein Teil dagegen.

Beat Kohler, Meiringen (Grüne), Fraktionssprecher. Die grosse Mehrheit der grünen Fraktion wird diesem Antrag der SVP nicht folgen. Wir haben die wesentlichen Punkte schon von der Kommissionssprecherin gehört. Einen weiteren wichtigen Punkt möchte ich noch nennen: Wenn es denn solche Ausschlüsse, solche Verfügungen gibt, dann sind diese jederzeit auch anfechtbar und können von einem Gericht und von einem Richter überprüft werden.

Wenn man nun Angst hätte, dass es eine solche Gesinnungsprüfung gäbe, von der uns in der Kommission mehrfach gesagt wurde, dass diese schon jetzt, mit dieser Formulierung nicht möglich ist, könnte man dies dann immer noch von einem Richter überprüfen lassen.

Stefan Bütikofer, Lyss (SP), Fraktionssprecher. Auch die SP-JUSO-PSA-Fraktion wird dem Antrag der Regierung folgen und nicht dem Antrag der SVP. Wir haben schon viel gehört. Die Formulierung des Regierungsrats ist treffend und lässt genügend Spielraum. Es gibt auch andere Gründe für einen Ausschluss, die nichts mit dem Strafrecht zu tun haben. Ich denke da zum Beispiel an psychische Erkrankungen, die je nachdem verhindern, dass man einen gewissen Job ausüben kann. Ausschlüsse wären anfechtbar. Das haben wir auch gehört, und nicht zuletzt sollte dieses Mittel so oder so sparsam angewendet werden. Das ist, glaube ich, auch der Konsens hier im Saal. Darum werden wir dem Regierungsrat folgen und hoffen, Sie auch.

Le président. Nous allons encore voter sur cette disposition. Avant cela, je laisse la parole à Mme la vice-présidente du gouvernement.

Christine Häslar, BKD-Direktorin. Ganz kurz, obwohl es ein ganz wichtiges, zentrales Thema ist: Die Wahrung der Integrität von anvertrauten, schutzbedürftigen Personen hat für uns allerhöchste Priorität. Wenn also eine Person das Studium der Sozialarbeit antritt oder wenn eine Lehrperson ihre Stelle oder ein Studium antritt, so darf sie nicht eine Gefahr für die Integrität der Menschen darstellen, für die sie dann verantwortlich ist, und da braucht es eben einen klaren Rechtsrahmen für diesen Ausschluss oder für einen allfälligen Ausschluss vom Studium.

Gerade weil während des Studiums schon Praktika absolviert werden und genau dort eben solche Kontakte entstehen können, durch die jemand tatsächlich auch gefährdet sein könnte. Zu diesen Gefährdungen gehören insbesondere sexuelle Übergriffe, aber eben auch schwere psychische Probleme dieser Personen, dieser Studierenden, von denen wir hier sprechen. Psychosen sind strafrechtlich nicht relevant, aber es ist enorm wichtig, dass man hier eben handeln kann und dass wir einen klaren Rechtsrahmen haben.

Nach dem Antrag der SVP geht es hier ausschliesslich um «strafbare Handlungen», und damit haben wir dann genau diesen Bereich der schweren psychischen Beeinträchtigungen nicht erfasst. Aber es ist enorm wichtig, dass wir ihn haben, damit wir diese Menschen, für die wir verantwortlich sind – Schülerinnen und Schüler in der Schule, Menschen, die in einer Institution leben und die Betreuung brauchen –, wirklich schützen können.

Ich bitte Sie sehr, diesen Antrag der SVP abzulehnen und der Kommissionsmehrheit und der Regierung zu folgen mit dem Antrag, den wir vorgesehen haben.

Le président. Nous allons voter sur cet art. 25, al. 3 : les député-e-s qui acceptent la proposition de la CFor et du gouvernement votent oui, celles et ceux qui acceptent la proposition du groupe UDC votent non.

Abstimmung / Vote

2019.ERZ.71743: Art. 25 Abs. 3 / art. 25, al. 3

Antrag BiK und Regierungsrat (Ja), Antrag Krähenbühl (Nein)

Proposition CFor et Conseil-exécutif (oui), proposition Krähenbühl (non)

Annahme Antrag BiK und Regierungsrat /

Adoption proposition CFor et Conseil-exécutif

Ja / Oui 70

Nein / Non 56

Enthalten 1

Le président. Vous avez accepté la proposition de la commission et du Gouvernement. – Ce n'est pas fini, Mesdames, Messieurs, nous devons encore voter. Ce n'est pas fini, wir sind noch nicht fertig : vous avez accepté la proposition de la CFor et du gouvernement. Nous devons encore ancrer cette disposition dans la loi : les député-e-s qui acceptent de le faire votent oui, celles et ceux qui refusent votent non.

Abstimmung / Vote

2019.ERZ.71743: Art. 25 Abs. 3 / art. 25, al. 3

Antrag BiK und Regierungsrat
Proposition CFor et Conseil-exécutif

Annahme / Adoption

Ja / Oui	125
Nein / Non	0
Enthalten	1

Le président. Vous avez accepté de le faire.

Je vous remercie de votre bonne participation à cette Journée du bilinguisme. Je vois que vous avez tous envie de rentrer à la maison. J'en dirai plus demain, merci.

Die Sitzung endet um 16.30 Uhr. / La séance se termine à 16 heures 30.

Protokoll: / Procès-verbal :

Stephanie Messmer (d)

Ursula Ruch (f)